



## Zur Einführung

Die Bundesregierung scheint die „Schubumkehr“ in Sachen Jugendpolitik bei der Bundesregierung eingelegt zu haben, so **Werner Lindner** in seinem Beitrag. Da die Jugendpolitik seit Jahrzehnten eher im Schnecken tempo über die politische Bühne geschoben wird, könnte man sich davon optimistisch einen raschen Richtungswechsel versprechen. Tatsächlich geht das Bundesministerium aber selbst davon aus, dass der angestrebte Richtungswechsel einen großen Aufwand erfordern wird und eines langen Atems bedarf. Zu viele Akteure müssen die notwendigen Bewegungen nicht nur mitmachen, sondern auch mitgestalten. Dazu gehören die unterschiedlichsten Ministerien (Resorts), Bundesländer, Landkreise und Kommunen, letztlich aber auch die freien Träger.

Trotzdem bleibt festzustellen: Beim Stuttgarter Kinder- und Jugendhilfetag im vergangenen Jahr wurde dem eher erstaunten Publikum ein „Eckpunktepapier“ in die Hände gedrückt, in dem die „Entwicklung und (die) Perspektiven einer eigenständigen Jugendpolitik“ umrissen wurden. „Eigenständig“ meint dabei, dass sich die Jugendpolitik aus der auferlegten Beschränkung auf Jugendhilfepolitik befreit und in Zukunft unter diesem Begriff alle politischen Aktivitäten subsumiert werden, die Auswirkungen auf die Lebenslagen von jungen Frauen und Männern, Mädchen und Jungen haben.

Die Vorlage zu diesem Politikwechsel hat wohl das Bundesjugendkuratorium gegeben, das im Sommer 2009 ein umfangreiches Papier „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik. Notwendigkeit und Stolpersteine“ veröffentlicht hat. Letztlich entspricht dies aber auch den Forderungen, die seit Jahrzehnten aus der Fachwelt an die Politik gerichtet werden, in den 70er Jahren wurde dies im Zusammenhang mit der (gescheiterten) Jugendhilfrechtsreform intensiv diskutiert.

Wer gerne noch tiefer in der Vergangenheit wühlt, wird fast zwangsläufig auf **Richard Münchmeier** stoßen, der anschaulich beschrieben hat, wo die Fronten im Reichstag in Weimar in den frühen 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts verlaufen sind. Dass das Aufwachsen von Jugendlichen ein

Thema der Politik werden muss, war damals unumstritten. Eine Gruppe der Abgeordneten setzte dabei auf ein Lebenslagen-Konzept, sprich es ging ihnen darum, diese damals gesellschaftlich neu freigesetzte „Jugend“ mit eigenständigen sozialen Rechten zu auszustatten. Gewonnen hat bekanntlich aber die andere Fraktion, die ein Jugendhilfe-recht bevorzugte, das in erster Linie Rechte und Pflichten von Eltern, bzw. das Verhältnis von Staat und Eltern rechtlich normiert. Im ersten Fall ist das vielbeschworene „Wohl“ unserer Kinder und Jugendliche (zugespißt formuliert) eine originär öffentliche Aufgabe, im zweiten Fall eine Privatangelegenheit der Eltern, denen der Staat wahlweise auf die Finger klopf oder die er unterstützt. Jugendliche selbst haben bei all dem nicht allzu viel zu sagen.

Dass jetzt keine Sonntagsreden gehalten wurden, ist inzwischen klar. Das Bundesministerium hat bereits erste Projekte in Gang gesetzt und die im „Eckpunktepapier“ angekündigten Gespräche haben begonnen. Wie weit es sich mit seinen neuen Vorstellungen durchsetzen kann, bleibt abzuwarten bzw. sollte unterstützt werden.

Wir versuchen uns in diesem Heft mit einer ersten Annäherung. **Werner Lindner** greift das Thema „Jugendpolitik“ aus einer grundsätzlichen Perspektive auf. **Anke Miebach-Stiens**, Geschäftsführerin der AGJF Sachen, informiert über erste Aktivitäten und ein vom Bundesministerium finanziertes Projekt. **Sabine Herrmann**, Fachberaterin beim Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, beschreibt, wie das Thema aktuell von Praktikerinnen und Praktikern diskutiert wird. **Bernd Opitz** von der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft Offene Türen ELAGOT-NRW macht deutlich, dass auch der sich möglicherweise anbahnende Politikwechsel den persönlichen Einsatz nicht überflüssig machen wird und bricht eine Lanze für den „Lobbyismus“. Und ein Bericht von **Harry Wolf** zu einer Studienfahrt von Bonner Kolleginnen und Kollegen schildert ein gelungenes kommunales jugendpolitisches Konzept und beschreibt die darauf aufbauende Praxis.